Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 82. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonnagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 18. Februar 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Eine Rede des Kanzlers im Deutschen Landwirtschaftsrat.

In der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates am Mittwoch sprachen nach Landrat v. Uslar noch der Korreferent Professor Dove, sowie Staatssekretär Dernburg über Wasserversorgung in Südwestafrika. Es folgten Vorträge von Professor Budde, Oekonomierat Rabe und v. Zitzewitz-Besserwitz über Einführung der elektrischen Kraft auf dem platten Lande. Der Kaiser blieb bis 1½ Uhr im Saale.

Auf dem Festessen des Landwirtschaftsrats am gestrigen Abend hielt Reichskanzler Fürst von Bülow folgende Rede:

Euere Hoheiten, meine Herren! Alljährlich einige festliche Stunden mit den berufenen Vertretern der deutschen Landwirtschaft zu verleben, ist mir zu einer lieben Gewohnheit geworden. Ich habe es schmerzlich bedauert, im vergangenen Jahre wegen einer Unpäßlichkeit hiervon abweichen zu müssen. Acht Jahre sind verflossen, seitdem ich zum ersten Male als Reichskanzler vor Ihnen stand. Eine ereignisreiche Zeit, eine Zeit, erfüllt von Kampf und Sieg, von Sturm und Sonnenschein liegt dazwischen. Bei dem ersten Vortrage, den ich Seiner Majestät dem Kaiser als Reichskanzler gehalten habe, es war in Homburg vor der Höhe im Herbst 1900, erbat und erhielt ich die Allerhöchste Zustimmung zu meinem wohlerwogenen landwirtschaftlichen Programm: Verstärkter Schutz, Erhöhung und Bindung der Getreide- und Viehzölle. Im Februar 1901 sagte ich Ihnen: Indem ich der Landwirtschaft zu helfen trachte, erfülle ich lediglich meine Pflicht. Es sei eine Pflicht des Reichskanzlers, für einen Beruf zu sorgen, welcher einem so großen Teile unserer erwerbstätigen Bevölkerung seinen Lebensunterhalt gewähre, dessen Ergehen von so vitaler Bedeutung sei für die Unabhängigkeit des Landes nach außen wie für seine innere Wohlfahrt. Dem Programm von Homburg und den vor Ihnen 1901 entwickelten Anschauungen bin ich treu geblieben bis zu diesem Augenblick und werde ich treu bleiben, so lange ich mein schweres Amt führe. (Bravo!) Das dauert vielleicht noch länger, als meine Gegner hoffen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Heren, meine verehrten Herren Vorredner, der Graf Schwerin-Löwitz und der Freiherr von Soden, haben in ihren beredten und ausgezeichneten Worten, für die ich ihnen aufrichtig dankbar bin, auch erinnert an die eminente Bedeutung des landwirtschaftlichen Gewerbes für unsere Wehrkraft, für unsere Machtstellung nach außen. Was sie in dieser Beziehung gesagt haben, unterschreibe ich vollkommen. Und, meine Herren, weil ich die Bedeutung der Landwirtschaft in vollem Umfang anerkenne, weil ich die Wichtigkeit des innern Marktes nicht verkenne, die sich gerade jetzt bei sinkender industrieller Konjunktur wieder gezeigt hat — weil ich durch starken und sichern Ballast das Staatsschiff von Schwankungen bewahren, weil ich in ausgleichender Gerechtigkeit auch der Landwirtschaft den ihr gebührenden Anteil an staatlicher Fürsorge zuteil werden lassen wollte, deshalb habe ich mein landwirtschaftliches Programm aufgestellt und durchgeführt. Ich habe es durchgeführt trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten, die mir hierbei von vielen Seiten — von links und auch von rechts — gemacht worden sind. (Bravo!) Ich habe hierbei auch nicht auf Dankbarkeit gerechnet — das muß man nie in der Politik — sondern ich habe einfach meine Schuldigkeit als leitender Minister getan. Gern und dankbar will ich aber doch hierbei hervorheben, daß ich stets die Unterstützung des Landwirtschaftsrats gefunden habe. Und die freundliche Anerkennung, die mir der Vorsitzende des Landwirtschaftsrats soeben gespendet hat, die hat mich gefreut. Immer kann man ja als leitender Minister auch nicht den Beifall seiner Freunde haben. (Heiterkeit.) Ich bin auch garnicht empfindlich gegen Tadel, wenn er sachlich und ernst vorgebracht wird. Als der Bundesrat seine Vorschläge zur Reichsfinanzreform einbrachte, war er sich wohl bewußt, daß er auf allgemeine Zustimmung sicher nicht zu rechnen habe, daß einzelne Projekte rechts, einzelne links nicht gefallen würden. Aber, meine Herren, wir sollen auch aus der Geschichte lernen. Große Reiche sind zu Grunde gegangen an der Unhäbigkeit, ihre Finanzen zu ordnen. Insbesondere ist unser altes Deutsches Reich. Graf Schwerin hat soeben darauf hingewiesen, zu Grunde gegangen an Uneinigkeit und mangelnder Opferwilligkeit, die eine Ordnung unseres Finanzwesens vereitelten in derselben Zeit, wo England und Frankreich sich zu geordneten Finanzen und damit zu starken Staatswesen durchrangen. Wir sind gottlob noch in der Lage, aus der ganzen Misere glatt und völlig herauszukommen, wenn wir nur wollen, wenn wir uns so zusammenfinden, wie die Größe der Aufgabe es unbedingt erfordert. (Zustimmung.) Von der Lösung der Finanzreform hängt die Ehre, die Wohlfahrt, die Macht, die Sicherheit des Landes ab.

Graf Schwerin hat mit Recht die Verdienste unseres Kaisers um die Erhaltung des Friedens hervorgehoben. Mit voller Befriedigung hebe ich hier in erster Linie den Besuch des englischen Königspaars hervor, dessen würdiger und schöner Verlauf nicht nur bewiesen hat, wie sehr den beiden Herrschern ein gutes Verhältnis zwischen ihren Reichen am Herzen liegt, sondern der auch den beiden Völkern Gelegenheit bot, zu zeigen, daß sie freundliche und gute Beziehungen zu einander zu unterhalten wünschen. Dieser Besuch und ferner das Abkommen mit der französischen Regierung über Marokko, für das ich mit dem ausgezeichneten Vertreter der französischen Republik an unserem Hofe, Herrn Cambon, eine, wie glaube, für beide Teile ehrenhafte und praktische Form gefunden habe, haben im Westen den Horizont geklärt. Wir haben Grund zur Annahme, daß es der friedlichen Gesinnung und den friedlichen Bemühungen aller Mächte gelingen wird, auch im Osten die Wolken zu zerstreuen. Aber um den Frieden des Reichs zu schirmen und gegen alle Wechselfälle sicher zu stellen, ist nicht nur die militärische, sondern auch die finanzielle Bereitschaft erforderlich. Ein Weg zur Verständigung kann gefunden werden, weil er gefunden werden muß. (Zustimmung.) Und auch die Landwirtschaft soll nicht vergessen, wie sehr gerade sie unter unseren schlechten Kreditverhältnissen im Reich und Staat zu leiden hat, welchen Nachteil ihr die uns aufgedrungene Diskontpolitik gebracht hat. Die Hauptaufgaben, die sich die deutsche Landwirtschaft gestellt hat — ich erinnere nur an die Entschuldungsfrage, an die so hochwichtige innere Kolonisation, an eine planmäßige Arbeiteransiedlung — stehen und fallen, das ist meine feste Ueberzeugung, mit der Reichsfinanzreform. Deshalb nehme ich bestimmt an, daß die Landwirtschaft in dieser Ehren- und Existenzfrage des Deutschen Reiches im eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse unseres deutschen Vaterlandes nicht versagen wird. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Zuversicht erhebe ich mein Glas, ich danke Herrn Grafen Schwerin-Löwitz aufrichtig für seine freundlichen Worte, ich danke Ihnen allen für die liebenswürdige Aufnahme. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretung, des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Landwirtschaftsrat lebe hoch, die deutsche Landwirtschaft, sie blühe und gedeihe!

Das Hoch wurde von den Anwesenden lebhaft aufgenommen.

Ergänzend wird uns später noch aus Berlin gemeldet: Bei dem Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats, das im Hotel „Adlon" stattfand, präsidierte der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwitz. Neben ihm hatten Platz genommen Herzog Johann Albrecht, Regent von Braunschweig, und der Reichskanzler Fürst Bülow, gegenüber saß Freiherr von Cetto zwischen dem Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg und dem Gesandten Grafen Lerchenfeld. Unter anderen nahmen teil die Minister und Staatssekretäre von Bethmann-Hollweg, Freiherr v. Rheinbaben, Dernburg, Unterstaatssekretär v. Conrad, die Gesandten Graf Bitthum und Eckstädt, Frhr. v. Varnbüler, Dr. Klügmann, Frhr. v. Brandenstein. Der Landwirtschaftsminister konnte nicht teilnehmen, da er sich im Ueberschwemmungsgebiet befindet. Im Verlauf des Mahles sprachen außer dem Reichskanzler Graf Schwerin-Löwitz auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und die freien Städte und Exzellenz v. Soden auf die Gäste.

Deutsches Reich.

* **Der Kaiser und das deutsch-französische Abkommen.** Der „Matin" veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Glückwunschtelegramms, das Kaiser Wilhelm anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-französischen Uebereinkommens betreffend Marokko an den Fürsten Radolin gesandt hat. Das Telegramm lautet:

„Empfangen Sie meinen Glückwunsch und meine warme Danksagung, daß Sie durch Ihre Arbeit zu dem Abschluß des Vertrages beigetragen haben. Der Abschluß des Vertrages hat den ohnehin erfreulichen Besuch des Königs Eduard von England noch herzlicher gestaltet. Se. Majestät der König Eduard haben mich lebhaft beglückwünscht. Ich habe Cambon das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen."

Auf Ersuchen des „Matin" gab Fürst Radolin einen Kommentar zu diesem Telegramm, worin er sagte:

Es ist ganz außer Zweifel, daß Se. Majestät Kaiser Wilhelm über den Abschluß des Vertrages große Freude empfindet, da dieses Uebereinkommen doch nur der vom Kaiser seit jeher verfolgten Versöhnungs- und Friedenspolitik entspricht. Tatsächlich hat der Kaiser jedesmal die Gelegenheit ergriffen, um Frankreich gegenüber den Wunsch zu bekunden, alle Schwierigkeiten und Reibungen zu vermeiden. Mit diesem Telegramm hatte Se. Majestät die Güte, mich ebenfalls in seine Befriedigung hineinzubeziehen.

* **Deutschland und Frankreich.** Im Auftrag und im Namen des deutschen Kaisers wird der deutsche Botschafter in Paris Fürst von Radolin einen Kranz am Sarge des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin Marquis de Noailles niederlegen und als Vertreter Seiner Majestät der Leichenfeier beiwohnen.

* **Das deutsche Kaiserpaar Gast des Königs von England.** Wie verlautet, wird das deutsche Kaiserpaar im kommenden Sommer an den Regatten in Cowes teilnehmen und Gast des Königs von England im Schloß Osborne sein.

* **Vom Kaiser.** Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Kaiser nahm am Dienstag vormittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes der Marine entgegen.

* **Der Wohnungsgeldzuschuß in Preußen.** In der Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses am Mittwoch wurde die erste Lesung der Novelle zu dem Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß zu Ende geführt. Es wurde beschlossen, für eine größere Anzahl deklassierter Orte die Deklassierung rückgängig zu machen. So wurden zurückversetzt in die Ortsklasse A: Breslau, Köln, und Ruxdorf, in die Ortsklasse B 23 Orte. Nach der neuen Klasse C wurden fünfzig Orte wieder herausgesetzt. Ferner wurden nach dem Vorschlage der Subkommission in die Ortsklasse A folgende zehn Orte versetzt: Dahlen, Düsseldorf, Großlichterfelde, Kolonie Grunewald, Plötzensee, Steglitz, Stralau, Tempelhof, Treptow, Wiesbaden. Der Tarif wurde folgendermaßen festgesetzt: In den Ortsklassen 1 bis 5 für die Ortsklasse A: 2100, 1680, 1300, 800, 480; für die Ortsklasse B: 1680, 1260, 920, 630, 360; für die Ortsklasse C: 1260, 1020, 760, 520, 290; für die Ortsklasse D: 1080, 900, 720, 450, 222; für die Ortsklasse E: 900, 810, 630, 330, 150. Weiter wurden folgende Bestimmungen angenommen: Beamte, welche nicht verheiratet sind und nicht verheiratet waren, beziehen nur ⅔ des tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschusses. Bilden solche Beamte mit Verwandten, zu deren Unterhalt sie gesetzlich verpflichtet sind, einen eigenen Haushand, so beziehen sie den vollen Wohnungsgeldzuschuß, falls sie den Unterhalt dieser Personen ganz oder überwiegend bestreiten. Bei Bemessung der Pension wird der pensionsfähige Durchschnittssatz des Wohnungsgeldzuschusses für sämtliche Ortsklassen in Anrechnung gebracht. Bei dem ganzen Gesetz handelt es sich um ein Provisorium, das bis 1914 dauern soll.

Hierzu ergänzend sei noch bemerkt, daß die Städte Magdeburg und Hannover in die neue Ortsklasse B versetzt wurden (nach der Regierungsvorlage Ortsklasse C). Die Städte Halle und Merseburg bleiben in der Ortsklasse C. Weißenfels und Salzwedel wurden ebenfalls in die Ortsklasse C versetzt (nach der Regierungsvorlage Ortsklasse D).

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.

Am Ministertische: Delbrück, Velsen.

Die erste Lesung der

Berggesetznovelle

und der dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Abg. **Kapitza** (Pole): Wir begrüßen die Vorlage; nicht als ob sie alle Wünsche der Bergarbeiter erfülle, aber sie bedeutet doch einen Schritt vorwärts. Gewiß sind heute viele Arbeiter unzufrieden, und zwar vielleicht die besonders gut gestellten Arbeiter besonders unzufrieden. Aber den bisher niedergehaltenen Kreisen muß eben organische Fortentwicklung ermöglicht werden. Geschieht dies, so werden diese Kreise auch willig einen Teil der Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen übernehmen. Dazu gibt ihnen der Entwurf Gelegenheit. Freilich sollte die Vorlage dem Sicherheitsmann auch einigen Einfluß auf die Lohnverhältnisse geben. Der Wahl von polnischen Sicherheitsmännern wird wohl alle Schwierigkeit gemacht werden.

Abg. **Wolff-Lissa** (frs. Vgg.) begrüßt die in der Vorlage gebrachte Verteilung der Verantwortlichkeit auf mehr Schultern. Die Struktur der Vorlage ist richtig, es gilt aber die Konsequenzen herzhafter zu ziehen. Die Beteiligung der Bergarbeiter an der Grubenkontrolle haben wir längst gefordert. Die glücklichste Lösung wäre, der Sicherheitsmann würde von den Arbeitern bezahlt. An der Forderung des Reichsberggesetzes halten wir fest. Sie wird durch das Verlangen, ein bitzchen Sozialpolitik für Preußen zu erhalten, nicht erschüttert. Diesen Vorbehalt machen ja alle Partikularisten. Und warum befaßt man sich da nicht mit der Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse?

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort zum Zentrumsantrage auf Mitwirkung der Bergarbeiter bei der Grubenkontrolle und reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse begrüßt

Abg. **Bleil** (Ztr.) nochmals die Vorlage und legt Verwahrung ein gegen die Aeußerungen des Abg. Leinert, die bürgerlichen Parteien wollten den sozialdemokratischen Bergarbeitern keinen Schutz gewähren.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (fkons.) betont im Schlußwort zum freikonservativen Antrag (Verantwortlichkeit der Bergwerksbetriebsbeamten und Werksbesitzer, Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Grubenkontrolle), ein Reichsberggesetz komme im Zeichen des radikalen Reichstagswahlrechts nicht in Betracht. Beim Ueberwiegen der sozialdemokratischen Bergarbeiterschaft würden die Posten der Arbeiterkontrolleure mit waschechten Sozialdemokraten besetzt und der Staat hätte diese sozialdemokratischen Agitatoren zu besolden. (Sehr wahr!) Andererseits ist es Ehrenpflicht des preußischen Landtags, alles, was ohne Schädigung des Gemeinwohls geschehen kann, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, im Wege der Gesetzgebung zu leisten. Die Disziplin muß aufrecht erhalten werden. Wir hoffen, die Vorlage wird nicht nur Sicherheit, sondern auch Frieden in den Bergbau tragen. (Beifall.)

Die Vorlage und die Anträge gehen an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Präsident **v. Kröcher** teilt mit, für die Etatsberatung sei auch diesmal ein Kontingentierungsplan aufgestellt, der Abendsitzungen notwendig mache, wenn die jeweils bestimmte Zeit für die einzelnen Etats nicht ausreiche. (Beifall und Heiterkeit.)

Es folgt die zweite Lesung des

Bergetats.

Abg. **Stengel** (fkons.) berichtet über die Kommissionsberatung. Bei den Einnahmen bemerkt

Abg. **v. Kessel** (kons.): Auch der Bergetat ist verhältnismäßig ungünstig. Freilich waren für die neuen Bergwerke beträchtliche Ausgaben notwendig. Was hat uns sonst das ungünstige Ergebnis gebracht? Die uns vorgelegte Ertragsberechnung ist ungenau; unser staatlicher Bergbaubesitz ist zu niedrig veranschlagt. Es wäre von Wert, wenn im nächsten Etat über einige Gruben, die in vollem Betrieb und noch nicht abgebaut sind, die Höhe der Selbstkosten der Kohlengewinnung oder der Ueberschüsse genaue Auskunft gegeben würde. (Sehr richtig!) Die Löhne sind gestiegen, aber die Arbeitsleistung der Arbeiter zeigt die Richtung nach unten. Der Fiskus kennt noch nicht Prämien für regelmäßig befahrene Schichten; in anderen Betrieben sind damit aber gute Erfahrungen gemacht. Die Reform der Bergverwaltung ist vor der Reform der allgemeinen Verwaltung nicht möglich. Mit der Preispolitik des Fiskus in den letzten Jahren sind wir einverstanden, wenn wir auch bedauern, daß es nicht möglich ist, den Bestrebungen des Kohlensyndikats auf Steigerung des Kohlenpreises energisch entgegenzutreten. Wir sind mit der Forderung einverstanden, die Kohle den Genossenschaften zu demselben Preise zu geben wie den Großhändlern. Wir hoffen, auch für den fiskalischen Bergbau werden wieder fette Jahre kommen. (Beifall.)

Handelsminister **Delbrück**: Der Vorredner bemängelt die der Kommission vorgelegte Vermögensbilanz. Diese geht aber zurück auf die seit Jahrzehnten gleichmäßig gehandhabten Grundsätze der Vermögensaufstellung. Es wird schwer sein, einen anderen Maßstab für unser Vermögen zu finden. Vergessen Sie daneben nicht, daß es notwendig war, aus den Ueberschüssen der alten Gruben die Kosten für die Aufschließung der neuerworbenen Gruben zu nehmen. Ich bin bereit, einen Vermögensnachweis, wie Abg. v. Kessel ihn wünscht, im nächsten Jahre vorzulegen, aber zweckmäßigerweise für alle fiskalischen Gruben. Dann können wir uns über die künftige Art der Vermögensaufstellung verständigen. Daß bei steigenden Löhnen die Arbeitsleistung zurückgeht, kann bei jeder Hochkonjunktur beobachtet werden. Ein großer Teil der Arbeiter gibt sich mit einem bestimmten Verdienst zufrieden und schränkt die Arbeitszeit entsprechend ein.

Abg. **Sauermann** (Ztr.): Der Allmacht des Kohlensyndikats hat der Fiskus noch nicht Abbruch getan. Volkswirtschaftlich ist es ein Unding, zahlreiche fremde Arbeiter heranzuziehen und mit ihrer Hilfe unsere Bodenschätze dem Auslande billiger zu liefern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902182-13/fragment/page=0001

als dem Inlande. Der Wert der geförderten Kohle ist stärker gestiegen als die Löhne. Der Mehrertrag ist also nicht ausschließlich den Arbeitern zugute gekommen. Wir begrüßen, daß der Fiskus bei der sinkenden Konjunktur die Löhne nicht herabgesetzt hat. Warum aber werden im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Arbeiterorganisationen ungünstiger behandelt als die Verbände der Unternehmer? Billigt der Minister, daß in Oberschlesien Arbeiter aufs Pflaster flogen, weil sie für das Zentrum stimmten?

Das Haus vertagt sich.

Präsident **v. Kröcher** schlägt als Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag vor: Fortsetzung und dritte Lesung der Pfarrerbesoldungsgesetze.

Abg. **Hoffmann** (Soz., zur Geschäftsordnung) fordert Fortsetzung der zweiten Lesung der Pfarrerbesoldungsvorlagen. Die zweite Lesung sei durch einen Schlußantrag beendet worden und dessen Ergebnis sei durch Gegenprobe ermittelt worden. Dies sei nach der Geschäftsordnung unzulässig.

Mehrere Redner treten dieser Auffassung entgegen. Es verbleibt bei dem Vorschlage des Präsidenten. Schluß 4/6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung vom 17. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: **Wermuth.**

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Einwirkung von

Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Die Kommission empfiehlt Annahme der Vorlage unter Hinzufügung der Bestimmung, daß auch Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge nicht als eine den Verlust öffentlicher Rechte herbeiführende Armenunterstützung gelten soll. Eine Kommission beantragt ferner eine Resolution: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die hiernach für das Reich einzuführenden Beschränkungen des Verlustes öffentlicher Rechte im Falle von Armenunterstützung auch in den einzelnen Bundesstaaten Geltung erlangen.

Ein Antrag **Albrecht** (Soz.) will erstens das, was diese Resolution aufstreb, gleich im vorliegenden Gesetz festlegen; zweitens will er (durch eine Streichung in Ziffer 4 der Vorlage) bestimmen, daß nicht nur die „in Form vereinzelter Leistungen", sondern überhaupt alle „zur Hebung vorübergehender Notlagen", gewährten Unterstützungen einen Verlust öffentlicher Rechte nicht nach sich ziehen.

Abg. **Sibenbürger** (kons.): Meine politischen Freunde sind darin einig, daß der Entwurf das bringt, was notwendig war. Ueber den Antrag der Sozialdemokraten ist kaum noch zu diskutieren, soweit er sich auf das Landesrecht bezieht. Auch den anderen sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. So, wie die Kommission den Entwurf vorschlägt, werden wir ihn annehmen.

Abg. **Brühne** (Soz.): In der Kommission ist uns ja schon gesagt worden, Württemberg, Bayern und Sachsen würden sofort ebenso vorgehen, wie das jetzt im Reiche geschehen soll. Von einigen anderen Staaten ist das aber nicht gewiß, deshalb ist es im Interesse eines einheitlichen Rechtes besser, Sie nehmen unseren Antrag an. Auch unser zweiter Antrag empfiehlt sich, weil er alle Unklarheiten beseitigt.

Unterstaatssekretär **Wermuth:** Ich bitte, den ersten Antrag der Herren aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen; er greift in die einzelnen Verfassungsrechte ein und ist daher für die verbündeten Regierungen unannehmbar. Sollten Sie statt dessen die Resolution der Kommission annehmen, so würde der Reichskanzler nicht verfehlen, diese Anregung an die Einzelstaaten weitergugeben. Auch den zweiten sozialdemokratischen Antrag bitte ich abzulehnen, zumal ohnehin schon die Einführung des Begriffs „vorübergehend" in das Gesetz nicht ohne Bedenken ist.

Abg. **Mayer-Kaufbeuren** (Ztr.): Meine Freunde müssen auch schon der Resolution ihre Zustimmung aus prinzipiellen staatsrechtlichen Erwägungen versagen, obwohl unsere Vertreter in der Kommission, die sich wohl über die Rechtslage nicht so klar waren, der Resolution zustimmten.

Abg. **Everling** (natl.): In der Kommission wurde die Resolution einstimmig angenommen, um so bedauerlicher ist die jetzige Stellungnahme des Zentrums.

Im weiteren Verlauf der Debatte betont

Abg. **Dove** (frs. Vgg.): Die staatsrechtlichen Bedenken des Zentrums teile ich nicht. Das Reich ist doch kompetent, auch seine Kompetenz zu erweitern. Das ist doch schon hinreichend festgestellt. Und wenn das Zentrum sogar die Resolution ablehnt, so geschieht das wohl nur, weil es sich hier um Schaffung einheitlichen Rechts im Reiche handeln würde und das Zentrum dies prinzipiell ablehnt.

Unterstaatssekretär **Wermuth:** Auf die Frage der Kompetenz-Kompetenz des Reichs will ich hier nicht eingehen. Sicher ist aber, daß die Annahme des betreffenden sozialdemokratischen Antrages mit der Verfassung, wie sie jetzt ist, nicht vereinbar ist; die Aenderung der Verfassung müßte also doch in den dafür gebotenen Formen vor sich gehen.

Hierauf wird die Vorlage in der Fassung der Kommission genehmigt unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Die Resolution wird sodann nur mit sehr schwacher Mehrheit angenommen; außer der gesamten Linken stimmen nur noch die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung dafür.

Es soll jetzt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz von 1870 wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung folgen.

Es lagen dazu vier Abänderungsanträge vor.

Abg. **Bassermann** (natl.) beantragt aus diesem Grunde Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Beratung der

Novelle zum Bankgesetz.

Dieselbe bezweckt

1. Verstärkung der eigenen Mittel der Reichsbank durch Wiedereröffnung des Reservefonds (nach Ausschüttung von 3½% Dividende an die Anteilseigner sollen zunächst 10% des verbleibenden Ueberschusses dem Reservefonds zufallen);

2. Erhöhung des steuerfreien Notenumlaufs von bisher rund 473 auf 550 Millionen Mark und zur Zeit der vier Quartalsausweise auf 750 Millionen;

3. erhalten die Reichsbanknoten den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel, legal tender.

Minder wichtige Neuerungen sind ferner: die Reichsbank wird zum Ankauf von Schecks ermächtigt; der Kreis der lombardfähigen Papieren wird ausgedehnt auf Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Bodenkreditinstitute; auch sollen in das Reichsschuldbuch oder in ein bundesstaatliches Schuldbuch eingetragene Forderungen von der Reichsbank lombardiert werden dürfen.

Staatssekretär **von Bethmann-Hollweg:** Nach § 41 des Bankgesetzes muß bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres entschieden werden, wie die Verhältnisse der Reichsbank vom 1. Jan. gestaltet werden sollen. Diese Entscheidung bringt die vorliegende Novelle. Sie ist aufgebaut auf den Vorarbeiten der Bankenquete, die auf Anordnung des Reichskanzlers am 1. Mai vorigen Jahres eröffnet worden ist. Wie die Ihnen zugegangenen Berichte ergeben, hat die Bankenquete über die Aufgaben des vorigen Gesetzentwurfes hinaus eine zweckmäßigere Ausgestaltung unseres Zahlungs- und Kreditsystems, sowie alle diejenigen Fragen des Bankdiskonts erörtert, welche bei der internationalen Wirtschaftskrisis des Jahres 1907 in den Vordergrund getreten waren. Die Untersuchungen über die Fragen des Depositenverkehrs sind von der Bankenquetekommission noch nicht abgeschlossen. Gleichwohl liegt es mir daran, schon jetzt und von dieser Stelle aus den Mitgliedern der Kommission den Dank der Reichsverwaltung für ihre aufopfernde und anstrengende Tätigkeit auszusprechen. Der Entwurf faßt die Grundlagen unseres Geld- und Banksystems unangetastet. Dieses System beruht einerseits auf unserer Geldwährung, andererseits auf unserer Reichsbank, die die gesetzlich wichtigste Geldquelle der deutschen Volkswirtschaft ist, und die unabhängig von den Finangen des Reiches unter dem Währungssystem sicher geschützt ist. Daß die Reichsbank in ihrer auf Privatmittel gestützten Bildung auch in schwierigen Zeiten, wie namentlich um die Jahreswende 1907/08, den Anforderungen genügt hat, die an sie herangetreten sind, ist in der Bankwelt ausdrücklich anerkannt. Es kann sich also nur darum handeln, die vorhandenen Grundlagen weiter auszubauen. Der Entwurf sieht in erster Linie eine Vermehrung der eigenen Mittel der Reichsbank vor. Der eingeschlagene Weg bietet im Gegensatz zur Erhöhung des Grundkapitals den Vorteil, daß einmal der Geldmarkt nicht neu belastet wird und daß andererseits, da der Reservefonds eine Verzinsung nicht verlangt, die Reichsbank eine größere Erleichterung bei der Abwickelung ihrer Geschäfte erfährt, während bei einer Erhöhung des Grundkapitals die Gefahr entstehen könnte, daß sie in Zeiten der Geschäftsstille Schwierigkeiten hätte, das Geld nutzbar anzubringen. Den Anteileignern wird ein überflüssiges Opfer nicht zugemutet, denn es bleibt ihnen die Dividende von 3½ Prozent und außerdem wird die Erhöhung des Reservefonds im Interesse der Anteilseigner dazu beitragen, daß der Kurs der Anteilscheine mehr stabilisiert wird. Absolut gerechnet ist das Opfer des Reiches ein größeres als das der Anteilseigener.

Durch die Erhöhung des Notenkontingents wird der Zustand geschaffen werden, der den faktischen Verhältnissen mehr angepaßt ist, als das bisher der Fall war. Sodann sieht der Entwurf vor, den Reichsbanknoten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels zu geben. Niemand wird darin eine Neuerung des bestehenden Systems erblicken. Es wird dadurch den gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnissen nur eine gesetzliche Grundlage gegeben. Weiter haben die Regierungen sich bereit erklärt, auf dem Verwaltungswege Anordnungen dahin zu treffen, daß die Noten der sämtlichen Privatnotenbanken im Personenverkehr der deutschen Eisenbahnen in Zahlung genommen werden. (Sehr gut!) Nachdem ferner auch das Scheckwesen auf rechtliche Grundlage gestellt ist, sind die Bedenken, die bisher dagegen bestanden, daß die Reichsbank auch Schecks ankauft, zurückgetreten. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß Schecks ebenso wie Wechsel gekauft werden können. Ich weise noch darauf hin, daß der Kreis der lombardfähigen Papiere ausgedehnt worden ist, wie es die Oeffentlichkeit wiederholt gewünscht hat, und daß auch die Verpfändung von Forderungen zugelassen worden ist, die im Reichsschuldbuch oder im Schuldbuch eines Einzelstaates eingetragen sind. Mit den Aenderungen des Bankgesetzes, die die Regierung Ihnen vorschlägt, glauben wir den gerechten Wünschen zu entsprechen. Gleichzeitig soll aber damit das Ansehen der Reichsbank im Inlande und im Auslande und damit zugleich der Kredit des deutschen Vaterlandes nicht nur erhalten, sondern auch neu befestigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Kreth** (kons.) erinnert daran, wie Deutschland vor Jahresfrist mit seiner Diskonterhöhung noch hinter Bulgarien und Serbien rangierte, und wie überhaupt Deutschland an hohen Bankdiskonts leide. Dadurch wird auch der Tiefstand im Kurse unserer Staatspapiere verschuldet. Und am allermeisten leidet darunter unsere Landwirtschaft, die doch an diesen Zuständen am allerwenigsten schuld ist. Es ist erfreulich, daß die Reichsverwaltung jetzt wenigstens von ihrer alten Auffassung abgegangen ist, als wäre die Reichsbank ein Reservoir für die Börse und Industrie. Die Forderung einer Verstaatlichung der Reichsbank hat viele Anhänger. Mit der Wiedereröffnung der Dotierung des Reservefonds sind meine Freunde einverstanden. Redner beantragt schließlich Verweisung an eine Kommission.

Abg. **Speck** (Ztr.): Wird die Vorlage Gesetz, so ist eine neue Redaktion des Realgesetzes unerläßlich. Wie der Vorredner, so wünschten auch wir, daß die Reichsbank dem Mittelstande einen niedrigen Bankdiskont garantieren könnte. Im allgemeinen können wir jedenfalls mit den Leistungen unserer Reichsbank zufrieden sein. Mit der Wiedereröffnung der Reservefondsdotierung sind wir einverstanden. Auch der gesetzlichen Zahlkraft der Reichsbanknoten wird man gegenwärtig zustimmen können. Eine Gefahr für die Goldwährung erwächst daraus nicht. Nachdem schon alle Eisenbahnkassen angewiesen sind, die süddeutschen Banknoten in Zahlung zu nehmen, kann doch dem nichts mehr im Wege stehen, diese Anweisung auf alle öffentlichen Kassen auszudehnen.

Abg. **Arendt** (Reichsp.): Ich kann mich Herrn Kreth durchaus anschließen. Die ganze Frage hat eine prinzipielle Bedeutung. Bureaukratischer als die Reichsbank bisher geleitet wurde, kann sie auch nach der Verstaatlichung nicht werden. Die Uebernahme der Reichsbank durch das Reich würde rund 150 Millionen Mark kosten, die gewiß leicht aufgebracht werden könnten. Die Erhöhung des Reservefonds ist nach dem Grundsatz erfolgt: „Wasch mir den Pelz und ohn mich naß". (Heiterkeit.) Die Reichsbank könnte ihr Kapital um 20 Millionen Mark erhöhen und dabei 28 Millionen Mark verdienen, so daß der Ausfall wieder hereingebracht wäre. Die Notensteuer sollte man überhaupt abschaffen. Wir müssen jetzt auch einmal an die Einziehung der Reichskassenscheine denken. Unsere 10-Markscheine sind ohnehin so häßlich, daß sie bei einem Preisausschreiben für die häßlichste Note sicherlich den ersten Preis bekämen. Wir werden in der Kommission vor allem die wirtschaftliche Seite berücksichtigen müssen. (Bravo rechts.)

Abg. **Weber** (natl.): Wir halten den Weg der Erhöhung des Reservefonds für den richtigen. Gegen die Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents läßt sich wohl wesentliches einwenden. Die Notenbesteuerung ist zwar nicht ein Warnungssignal für das Präsidium der Reichsbank, aber doch für das Publikum! Wir stimmen aber auch dem Vorschlage Speck zu, daß die öffentlichen Kassen gehalten sein sollen, Privatbanknoten in Zahlung zu nehmen. Redner ist im übrigen mit den Bestimmungen der Vorlage einverstanden, so auch mit der Art der Gewinnverteilung und mit der Ausdehnung der lombardfähigen Papiere.

Das Haus vertagt sich. Morgen 2 Uhr: Fortsetzung; Rechnungssachen. — Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Vom Balkan. Das **Boykottsyndikat** von Valona hat beschlossen, den Boykott einzustellen, was auf Hilmi Paschas Bemühungen noch während seiner Amtstätigkeit als Minister des Innern zurückzuführen ist.

Aus Prag. Der akademische Senat der deutschen Universität beschloß, seine am 4. Dezember v. J. gegebene Demission **zurückzuziehen.**

Rußland. Großfürst **Wladimir Alexandrowitsch** ist Mittwoch nachmittag 6 Uhr gestorben. — Ergänzend wird uns hierzu noch aus Petersburg gemeldet: Großfürst Wladimir Alexandrowitsch starb in seinem Petersburger Palais. Der Tod trat plötzlich als Folge eines Asthmaleidens ein. Der Großfürst war seit drei Wochen leidend und fühlte seit Montag morgen Unbehagen, war jedoch die ganze Zeit über bis zu seiner letzten Stunde nicht bettlägerig gewesen.

Persien. Die **Lage in Teheran** ist unverändert. Die Karadagh-Reiter, die die Straße Dschulfa—Täbris besetzt halten, richten große Verwüstungen an und plündern Karawanen und Posten. Die englische und die russische Gesandtschaft haben Beschwerde eingelegt.

Aus Nah und Fern.

Der Kronprinz im Ueberschwemmungsgebiet. Nach einer Meldung aus **Seehausen** traf der Kronprinz am Mittwoch 1/12 Uhr dort ein und wurde vom Minister des Innern v. **Moltke**, dem Oberpräsidenten von **Hegel**, dem Regierungspräsidenten v. **Borries**, dem Bürgermeister und anderen empfangen. Nach einviertelstündigem Vortrag im Wartesaale begaben sich die Herrschaften zu Wagen in das Ueberschwemmungsgebiet, und zwar vorläufig nach **Berge**. Am späten Nachmittag kehrte der Kronprinz im Automobil nach Berlin zurück. Der Staat wird, wie die „M. Ztg." hört, unverzüglich ein **umfassendes Hilfswerk** einleiten.

Beim Stapellauf der Trajekt-Fähre Saßnitz-Trelleborg sagte der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Die Feier gilt einem Schiffe, das bedeutungsvoll werden wird für die wirtschaftlichen Beziehungen zweier stammverwandter, in Freundschaft verbundener Völker. Was aber dieses Fahrzeug auszeichnet, ist die besondere Eigenschaft, daß es die Grenzen der Länder einander näherführt, vergleichbar einer stattlichen Eisenbahnbrücke, die Deutschland und Schweden verbindet. Eisenbahn und Schiffahrt wirken hier in engster körperlicher Gemeinschaft, leisten verbündet dem Verkehr Dienste, die sich umsetzen in eine Annäherung der Nationen.

Schwere Erdbebenkatastrophen. Nach verspätet bei der **persischen** Regierung eingegangenen amtlichen Meldungen hat sich am 23. Januar in der Gegend von **Burudschird** und **Selahor** in der Provinz **Luristan** ein äußerst heftiges Erdbeben ereignet. Trotz spärlicher Bevölkerung sind doch 60 **Ortschaften** teilweise oder vollständig **zerstört**, einige sogar einfach von der Erde verschlungen worden. **Fünf- bis sechstausend Menschen** sollen **ums Leben gekommen** sein. Die von allen Mitteln entblößten Ueberlebenden sind nach Burudschird geflüchtet, und bitten die Regierung um Hilfe. In ganz **Portorico** wurden am Mittwoch schwere Erdstöße von 20 Sekunden Dauer verspürt. Der Bewohner bemächtigte sich eine große Aufregung. — Auch in **Smyrna** und in der Umgegend erfolgte Mittwoch früh 5 Uhr ein heftiges Erdbeben. In **Phocee** und **Menemen** sind mehrere Häuser eingestürzt. Verluste an Menschenleben werden nicht gemeldet.

Durch das Erdbeben in Innsbruck wurde auch das Gebäude der Universität in höchstem Grade baufällig. Trotzdem finden die Vorlesungen vorläufig noch statt.

Die Messerstechereien in Berlin. Mittwoch nachmittag sind wieder zwei Messerangriffe auf Mädchen erfolgt. Am frühen Nachmittag versetzte ein 23jähriger Mensch auf dem Treppenflur eines Hauses in der im Zentrum gelegenen Dircksenstraße einem Dienstmädchen einen Stich in die rechte Seite. Der Täter entkam ohne Verfolgung. Der zweite Angriff geschah auf der unbebauten Lindauerstraße in Schöneberg gegen 4 Uhr. Hier erhielt ein 20jähriges Mädchen von einem jungen Menschen einen Messerstich in den rechten Arm. Die Polizei wurde diesmal sogleich benachrichtigt, doch blieben die Ermittlungen erfolglos. Die Verletzungen der Mädchen sind leichter Natur.

Unwetter. Nach einem dem französischen Kolonialministerium zugegangenen Telegramm wurde die Insel **Neu-Caledonien** von einem drei Tage währenden **Orkan** stark verheert. **Ueberschwemmungen** verursachten insbesondere in den Kaffeepflanzungen großen Schaden. Mehrere Segelschiffe gingen unter, doch konnten die Mannschaften gerettet werden.

Zum Theaterbrand in Acapulco. Nach den letzten Nachrichten sind bei dem Theaterbrand in Acapulco 310 Menschen ums Leben gekommen. Hundert Personen sind in Krankenhäusern untergebracht.

Schwerer Einbruch. Gestern nacht verübten Diebe einen Einbruch in die Wohnung eines Bankiers am Pariser Platze zu Berlin. Unter den gestohlenen Gegenständen befinden sich neben Silberbestecken antike Tee- und Kaffeekannen, die durch ihren historischen Wert eine besondere Kostbarkeit darstellen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— **Todesfall.** Generalmajor v. **Reder**, Ritter des Max Joseph-Ordens, Dichter und Landschaftsmaler, ist im Alter von 85 Jahren in München gestorben.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 18. Februar.

— **Die Trauerfeier für unseren verstorbenen Ehrenbürger Herrn Oberbürgermeister a. D., Geh. Regierungsrat Staude** findet, worauf wir nochmals hinweisen, heute, Donnerstag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr nicht in der Kapelle des Stadtgottesackers, sondern in der **Marktkirche** statt. An diese Trauerfeier wird sich die Beerdigung auf dem Stadtgottesacker anschließen.

— **Die Altanzubildstunde** in den Gemeinschaftssälen, Alte Promenade 8, findet diese Woche nicht am Donnerstag, sondern Freitag statt. Leiter: E. H. Broadbent, England.

Letzte Telegramme.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet.

Wittenberge, 18. Febr. Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke **Stendal—Wittenberge** mußte gestern um 5½ Uhr abends völlig eingestellt werden, da zwischen Seehausen und Osterburg der Bahndamm unterspült wurde.

Die Berliner Messerstechereien.

Berlin, 18. Febr. Gestern ereigneten sich wieder zwei Messerangriffe. Eine Frau erhielt auf dem Hofe ihrer Wohnung in Charlottenburg von einem unbekannten Manne einen Messerstich in den Oberarm und den Unterleib. Eine andere Frau erhielt bei einem Auflaufe auf dem Mariannenplatze eine leichte Stichwunde. Die Täter entkamen unerkannt.

Für 150 Millionen Kriegsmaterial.

Hamburg, 18. Febr. Die gestern hier eingetroffene **argentinische Militärkommission** will in Essen und Berlin Kriegsmaterial im Werte von 150 Millionen prüfen und übernehmen.

Untersuchung gegen einen Abgeordneten.

Wien, 18. Febr. Nach einer Meldung der „Neuen Fr. Pr." aus **Pilsen** hat das Kriegsgericht gegen den Abgeordneten Fresl die Strafuntersuchung wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Majestätsbeleidigung eingeleitet.

Vom Balkan.

Sofia, 18. Febr. Sämtliche Minister mit Ausnahme des Kriegsministers sind gestern abend nach Tirnowo abgereist, um daselbst ungestört Beratungen abzuhalten. Die Abreise gab Veranlassung zu den **abenteuerlichsten Gerüchten.**

Wien, 18. Febr. Von unterrichteter englischer Seite verlautet, England rate in allerjüngster Zeit der Türkei dringend zum Abschluß eines türkisch-österreichischen Vertrages, damit die Angelegenheit gänzlich erledigt ist, ehe die serbische Verwicklung akut wird.

Die amerikanischen Flottenforderungen.

Washington, 17. Febr. Der Senat hat in der heutigen Sitzung die Forderungen für die Flotte bewilligt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902182-13/fragment/page=0002

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

Ueber die Lage des Rohzuckermarktes

während der Woche vom 9. bis 15. Februar cr. wird der „Berl. Börsen-Ztg." u. a. aus Magdeburg geschrieben: Das Geschäft in Fabrikzuckern ist in dieser Berichtszeit wenig umfangreich gewesen. Größere Abschlüsse scheiterten an der Zurückhaltung der Fabriken, die meist Preise von 10 M ohne Sack, 88 Proz. Rend., die 50 Kilogramm ab Stationen forderten. In Nacherzeugnissen waren dem Markte täglich nur kleine Mengen zugeführt; deren Preise besserten sich zuletzt etwa 5 Pfg. die 50 Kilogramm auf. Der Verlauf des heutigen Marktes war ruhig, die Gebote der Raffinerien lauteten 10,00 M mit Sack, frei hier, Tarif I; die amtliche Preisfeststellung ergab für Nacherzeugnisse, Grundl. 75 Prog. Rend., 8,05—8,20 M, ohne Sack, die 50 Kilogramm ab Stationen. Der hiesige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 124 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an, sonst meldeten Hamburg 25 000 Ztr. (erste und zweite Hand), Braunschweig 75 000 Ztr., Halle a. S. 20 000 Ztr., Stettin 26 000 Ztr., Danzig 20 000 Ztr. und Breslau 46 000 Ztr. In Raffinaden war der Verkehr wegen des anhaltenden Schiffahrtsschlusses weiter beschränkt. Granulated geschäftslos, auf greifbaren Granulated werden fortgesetzt hohe Aufgelder geboten; für Granulated in Doppelsäcken — also für Indien — mehrt sich die Nachfrage. Am Terminmarkt behielt die schwache Auffassung bis einschließlich Donnerstag vormittag die Oberhand. Am Donnerstag nachmittag trat plötzlich ein Umschwung ein, der von den Ankäufen der englischen Raffinerien ausging und in dem starken Frostwetter, das die Wiederaufnahme der Schiffahrt für ungewisse Zeit hinausschiebt, weitere Nahrung fand. Die Preise besserten sich demzufolge gegen die niedrigsten Punkte für laufende Ernte 20 Pfg., für neue 10 Pfg. die 100 Kilogramm auf. Die diesjährige Rübenverarbeitung stellt sich endgültig auf 118 153 182 D.-Ztr. gegen 134 827 500 D.-Ztr. 1907/08. Danach dürfte die deutsche Ernte mit ca. 41 500 000 Ztr. abschließen. — Der Verlauf des heutigen Marktes war ruhiger, die amtliche Preisfeststellung ergab für Kornzucker, Grundl. 80 Proz. Rend., die 100 Kilogramm, fob. Hamburg: Februar 20,10 Gd., 20,15 Br., März 20,10 Gd., 20,20 Br., April 20,20 Gd., 20,30 Br., Mai 20,35 Geld, 20,40 Br., August 20,65 Gd., 20,70 Br., Oktober-Dezember 19,30 Gd., 19,40 Br. Das Hamburger Gesamtlager hat um 14 300 D.-Ztr. abgenommen gegen 51 300 D.-Ztr. Zunahme im Vorjahre; das wirklich feste Lager hat sich 3200 D.-Ztr. vermindert, im Vorjahre 20 700 D.-Ztr. vermehrt. Angekommen sind 61 700 D.-Ztr., verschifft wurden 4000 D.-Ztr. Rohzucker, sowie 72 000 D.-Ztr. Raffinaden. — An den englischen Märkten hielten Glattstellungen die Preise zunächst unter Druck. In der zweiten Wochenhälfte überwog dann eine stetige Stimmung, während welcher der vorherige Verlust nicht nur voll ausgeglichen, sondern noch eine kleine Besserung von ¼ d. p. cwt. gegen den Schluß der Vorwoche erzielt wurde. Schlußpreise Sonnabend mittag für Beet, 88 Proz. Rend., p. cwt., fob. Hamburg: Februar 10 sh. 1 d. Wert, März 10 sh. 1 d. bezahlt und Abgeber, April 10 sh. 1½ d. Wert, Mai 10 sh. 2¼ d. Käufer, August 10 sh. 4¼ d. Käufer und Abgeber, Oktober-Dezember 9 sh. 8 d. Wert. In englischen Raffinaden war der Abzug nur mäßig, trotzdem die Preise teilweise abermals 3 d. p. cwt. ermäßigt wurden. Deutscher Granulated ruhig, ready sowie Februar-Lieferung behaupteten ihre bisherigen Aufgelder. — Der Pariser Markt setzte in behaupteter Haltung zu 12½ cts., die 100 Kilogramm, höheren Preisen ein. Am Donnerstag ging diese Besserung völlig verloren; am Mittwoch war der Ausblick bereits vertrauensvoller, ohne daß die Preise sich besserten. Auch Donnerstag zogen die Werte nur 6¼ cts. an, die Aufbesserung von 12½—18¾ cts., die 100 Kilogramm, trat erst am Freitag ein, von diesem Gewinn ging indes am Sonnabend ein Teil bei ruhiger Stimmung verloren. Schlußpreise Sonnabend mittag für Weiße Nr. 3, die 100 Kilogramm: Februar 30,00 Fr. Käufer, März 30,12½ Käufer, Mai/August 30,87½ Abgeber, Oktober-Januar 28,62½ Käufer. Danach sind gegen Schluß der Vorwoche fest keine Preisänderungen zu verzeichnen. — Der Prager Markt war zuerst matt, später stetig, zum Schluß ruhig; laufende Ernte gewann 10 h. die 100 Kilogramm, neue steht unverändert. Raffinaden sind unverändert in den Werten. — New-York ermäßigte gleich zu Beginn der Woche bei williger Stimmung seine Preise um 0,03 cts. p. lb., seitdem hat sich der Marktton zwar wieder gebessert, die Preise blieben jedoch unverändert. — In Deutschland herrschte bis gestern Frostwetter; diese Nacht trat Tauwetter mit Schnee und leichteren Regenschauern, die heute anhielten, ein. Die Fuhrwerkbahnen waren vollständig. Oesterreich hatte Frostwetter auch heute früh noch, — 3 Grad in Prag und — 4 Grad in Wien. In Oesterreich erwartet man 1—2 Proz., in Mähren 2—3 Proz., in Böhmen nur unbedeutenden Mehrertrag. In Frankreich war kalte Witterung vorherrschend, die Wintersaaten stehen meist gut, die Rübenbestände bereiten wegen des Wettbewerbs der Spritfabriken viele Schwierigkeiten. In Belgien schätzt man den Mehrertrag auf 10 Proz. Holland, Wetter leichter Frost; Rußland, starker Frost.

*

= **Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei** (vorm. R. Riedel & Kennitz), Halle a. S. In der gestern stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei Halle a. S. wurde beschlossen, der am 15. März d. Js. abzuhaltenden Generalversammlung der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1908 eine Dividende von 26 % (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

‡ **Portland-Cement-Fabrik Halle a. S.** In der Sitzung des Aufsichtsrates der Portland-Cement-Fabrik Halle a. S. gelangte der Abschluß für 1908 zur Vorlage. Der Brutto-Gewinn einschließlich des Vortrages aus dem Jahre 1907 in Höhe von M 17 546,36 beträgt M 173 413,57. (Gegen M 249 605,97 i. V.) Die Abschreibungen sind auf M 92 837,37 festgesetzt (i. V. M 49 463,82). Der auf den 15. März cr. einzuberufenden ordentlichen General-Versammlung soll die Verteilung einer Dividende von 5 % vorgeschlagen werden, bei einem Vortrage von M 9502,08 auf neue Rechnung.

W. **Nationalbank für Deutschland, Berlin.** In der Aufsichtsratssitzung am Mittwoch wurde die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Das Gewinn- und Verlust-Konto ergibt einschließlich Vortrag aus dem Vorjahre von 203 054,74 M einen Bruttogewinn von 10 194 195,87 M. Der verfügbare Reingewinn beträgt 6 853 783,02 M. Auf Antrag der Direktion wurde beschlossen, der auf den 20. März 1909 einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende 6 Proz. (6 Proz. im Vorjahre) vorzuschlagen, dem Reservefonds II 400 000 M zuzuweisen und den Rest von 262 856,32 M auf neue Rechnung vorzutragen.

‡ **Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.** In der am 16. Februar d. Js. stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrats wurde der Jahresabschluß der Bank vorgelegt. Nach demselben stellt sich der Reingewinn des Jahres 1908 einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Gewinnvortrages von 678 943,31 M auf 5 034 081,18 M. An Zinsen hat die Bank zusammen 15 596 836,62 M, an Darlehns-Provisionen und Zinsentschädigungen unter Hinzurechnung der üblichen Entnahme aus dem Provisionsvortrag 977 094,97 M, an Gewinn aus verkauften Grundstücken 15 824,76 M, an Gewinn aus abgeschriebenen Beteiligung (früher Chirographarmasse) 361 151,80 M vereinnahmt. Die Pfandbriefzinsen haben sich auf 11 497 460,44 M, die Zinsen von Kommunal-Obligationen auf 84 131,10 M, die Verwaltungs-Unkosten auf 626 263,24 M belaufen. An Provisionen für Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen sind 16 139 38 M gezahlt. Der für den 19. März d. Js. in Aussicht genommenen Generalversammlung soll u. a. vorgeschlagen werden, wie im Vorjahre 5½ Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen, dabei dem gesetzlichen Reservefonds 435 513,78 Mark, dem Gewinn aus abgeschriebenen Beteiligungen (früher Chirographarmasse) mit 361 151,80 M der Extra-Reserve zuzuführen, die Disagio-Reserve um 206 991,45 M und den Provisionsvortrag um 300 000 M zu verstärken und 772 377,61 M auf neue Rechnung vorzutragen. Der Generalversammlung wird ferner vorgeschlagen, vom Konto der Hypotheken-Reserve denjenigen Teilbetrag auf das Konto der gesetzlichen Reserve zu übertragen, welcher zur Ergänzung der letzteren bis zur vollen statutenmäßigen Höhe erforderlich ist, unbeschadet des Rechtes der Generalversammlung, weitere Reservebildungen vorzunehmen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 17. Februar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II prompt 236½ M, Durum I prompt 231 M, Barletta Russo 80 kg schwim. 230½ M, Jan. 230½ M, Jan.-Febr. 229½ M, Febr./März 228½ M, Rosafé 79/80 kg schw. 231½ M, Jan. 231 M, Jan./Febr. 230½ M, Austral. Jan./Febr. 235 M, Sibirischer prompt 226½ M, Mai/Juni 221½ M. — Futtergerste: Südr. 60/61 kg schwim. 129¾ M, Febr. alt 129½ M, März 129½ M, April 129 M, April/Mai 129 M. — Hafer: Nordruß. 50/51 kg 3 %/₀ Febr./April 167½ M, La Plata 46/47 kg Jan./Febr. 158½ M. — Mais: La Plata April/Mai 144½ M, Mai/Juni 143½ M, Mixed Febr. 153½ M, Odessa April/Mai 146½ M.

— **Berlin**, 17. Februar. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 217,00—218,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— bis —,— M, Juli —,— bis —,— M, September —,— M. Roggen inländ. 166,00—166,50 M ab Bahn u. frei Mühle, Mai —,— bis —,— M. Hafer märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. u. schles. fein 179 bis 184,00 M, mittel 174,00—178,00 M, geringer 170,00—173,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. Mixed 171,00—173,00 M, runder 165,00—167,00 M frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 154,00—164,00 M, gute 165,00—180,00 M, russische und Donau leichte 137,00—141,00 M, schwere —,— M, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 183—188 M. Laubenerbsen 189—196 M, kleine Kocherbsen —,— M. Viktoriaerbsen —,— M ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,50—29,50 M. Roggenmehl 0 und 1 20,70 bis 22,60 M. Weizenkleie 11,25—12,00 M. Roggenkleie 11,50—12,00 M — Mittagsbörse: Weizen, inländ. 217,00—218,00 M ab Bahn, Mai 219,50—219,75 M, Juli 218,75—219,50 M, September 209,75 bis 210,00 M. Roggen inländ. 166—166,50 M ab Bahn, Mai 174,75 bis 175,00—172,25 M, Juli 178,50—178,25 M. Hafer Juli 170 M. G. Weizenmehl 00 26,50—29,50 M. Roggenmehl 0 und 1 20,70 bis 22,60 M. Rüböl Februar 60,50 M Br., Mai 56,40 M Br., Mai —,— M Br., Okt. 53,50 M G.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 17. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 219,75, Juli 219,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 185,10, Mai 182,00. Chicago Northern I Spring, Mai 176,40, Juli 155,35. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 178,40. Paris Lieferungsware Febr. 185,75. Budapest Lieferungsware April 221,20. Odessa Ulfa 9²⁵/₈₀ 3—4 % Bes. einschl. Bordolspesen loko 169,50. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 174,25. Juli 178,25. Bordolspesen loko 139,30. Hafer: Berlin 450 gr. Mai —,—. Juli 170,00. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 120,90. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 16. Februar. (Hopfenbericht.) Für Kundschafts- und Exportzwecke gelangten gestern und heute zusammen 250 Ballen zum Verkauf. Die Preise sind unverändert.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 16. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 20,00—20,50 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 17. Febr. Kartoffelstärke 20,25—20,75 Mk., Kartoffelmehl 20,25—20,75 Mk., feuchte Stärke 11,10 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 17. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 60,50—61,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 67,50—68,50 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, G. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 17. Februar. Spiritus matt, Februar-März 22⅜ G., März-April 22⅜ G.

— **Paris**, 17. Februar. Spiritus behauptet, Februar 39,50, März 39,75, Mai-Aug. 40,75, Sept.-Dez. 38,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 17. Februar. Rüböl loko 63,00, Mai 60,00.

— **Hamburg**, 17. Februar. Rüböl ruhig, loko verzollt 63,00,

— **Amsterdam**, 17. Februar. Leinöl flau, loko 22½, März 22½, März-April 22½, Mai-August 22½, Sept.-Dezbr. 22¾.

— **Paris**, 17. Februar. Rüböl ruhig, Februar 62,50, März 62,75, März-April 63,00, Mai-August 61,75.

W. **Pest**, 17. Februar. Raps per August 14,15 Gb., 14,25 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 17. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 20,25, per März 20,20, per Mai 20,45, per August 20,80, per Oktober 19,50, per Dezember 19,45. Tendenz: behauptet.

W. **London**, 17. Febr. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 10 fh. 10¾ d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar ruhig, 10 sh. ¼ d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 17. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 34 G., Mai 34 G., September 32 G., Dezember 31½ G. Tendenz: matt.

— **Amsterdam**, 17. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 38.

— **Havre**, 17. Febr. Kaffee. Good average Santos März 45,00, Mai 44,50, Sept. 42,50, Dezember 41,25. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 16. Februar. Kaffee. Zufuhr 9 000 Sack in Rio, 28 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**. 17. Februar. Baumwolle, ruhig, Upland middling loko 48⅜, Pfg.

— **Antwerpen**. 17. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Februar 5,42½ Käufer Januar 5,30 Käufer. Ruhig.

— **Liverpool**, 17. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Febr. 5,05, per Febr.-März 5,04, per März-April 5,05, per April-Mai 5,06, per Mai-Juni 5,07, per Juni-Juli 5,08, per Juli-August 5,09, per August-Septbr. 5,03, per Sept.-Okt. 4,99, per Okt.-Nov. 4,96.

Petroleum.

— **Hamburg**, 17. Februar. Petroleum schwach, Amerik. spez. Gewicht 0,800 7,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 17. Februar. Bancazinn fest, loko 79.

— **London**, 17. Februar. Silber 23³¹/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 58⅜ Lstrl., per 3 Monate 59¼ Lstrl., Blei, span., 13⁸/₁₆ Lstrl., engl. 13¾ Lstrl., Zinn 130¼ Lstrl., Zink 21⅝ Lstrl.

— **Glasgow**, 17. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 3 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin**, 17. Febr. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 452 Rinder, 2584 Kälber, 933 Schafe, 13 838 Schweine. Kälber: A. 85—90, B. 75—80, C. 44—50. D. ——— M. Schafe: A. 65 bis 67, B. 61—65, C. 50—55, D. ——— M. Schweine: A. 67 68, B. 65—66, C. 62—64, D. 62—64 M. — Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 75 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig, verlaufte aber später; ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen wird voraussichtlich ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird geräumt.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 17. Februar. Auftrieb: 3770 Schweine, 1057 Ferkel. Verlauf des Marktes: Reges Geschäft; Läufer im Preise niedriger. Es wurde gezahlt in Engroshandel für: Läuferschweine: 6 bis 7 Monate alt 36—57 M, 3—5 Monate alt 30—35 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 24—28 M, unter 8 Wochen alt 17—23 M.

Schmalz. Butter. Speck.

+ **Berlin**, 17. Febr. Bericht von Gebr. Gause. (Originalbericht der Hall. Ztg.) Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 120—122 M, do. IIa Qual. 118—119 M. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice-Western Steam 57,25—57,75 M, amerikanisches Tafelschmalz Borussia 58,50 M, Berliner Stadtschmalz Krone 58,50—64,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 59,50—64,00 M. Speck: bessere Nachfrage.

Fische.

— **Hamburg**, 16. Februar. (Amtliche Notierungen der Auktionspreise.) Per Zentner: Seezungen I. 159 Mk., do. II. 128—133, do. III. 85 Mk., Steinbutt I. 120—134 Mk., do. II. —,— Mk., do. III. 49—60 Mk., Zarbutt I. 75—79 Mk., do. II. 57—60 Mk., do. III. 32—33 Mk., Schellfisch I. 14—32 Mk., do. II. 15¼—16 Mk., do. III. 13—16 Mk., do. IV. 5¼—20 Mk., do. V. 5—8½ Mk., Schollen I. 23—29, II. 25—48½, III. 17—26, gr. dänische — Mk., Kabeljau I. 5⅝—19⅝, do. II. 6½—11¾, do. III. 4½—10 Mk., Seehecht I. 17—20¼ Mk., do. II. 11¼—14½ Mk., Rotzungen I. 36—42 Mk., do. II. 20—22½ Mk., Köhler (Blaufisch) 3—4½ Mk., Lengfisch 3¼—5 Mk., Kattfisch 11½—18 Mk., Rochen 3—9½ Mk., Knurrhahn (grau) 6¼—10 Mk., Petermann (rot) —,— Mk., Heilbutt I. 50—59 Mk., Haifisch 3—4¾, Seeteufel 13¼—14 Mk. Tendenz Fest.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 17. Februar. Roter Winter-Weizen loko 118⁷/₈, per Mai 117⁷/₈, per Juli 108⅛, per Sept. —,—, per Dez. —,—, Mais per Mai 73¼, per Juli 72⅜, per Sept. 72. Mehl 4,25. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. **Chicago**, 17. Februar. Weizen per Mai 114¼, per Juli 106⅜, Mais per Mai 65½.

W. **New-York**, 17. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. **New-York**, 17. Februar. Schmalz Western steam 9,90, Stoke und Brothers 10,05.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebendleben**; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling**; für Lokales **Arthur Bierbach**; Schlußredaktion: **A. Berwecke**, sämtlich in Halle a. S.

Durch den am 15. d. Mts. erfolgten Heimgang des **Oberbürgermeisters a. D.,**

Geheimen Regierungsrats **Gustav Staude,**

Ehrenbürgers der Stadt Halle a. S.,

hat die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen einen schmerzlichen Verlust erlitten. Der Verstorbene hat dem Provinziallandtage seit 1888 und dem Provinzialausschusse seit 1898 angehört. In beiden Körperschaften hat er sich durch lebhaftes Interesse an allen Angelegenheiten der Provinz, durch sein auf reiche Erfahrungen und umfassendes Wissen gegründetes Urteil und durch sein immer gleich liebenswürdiges und freundschaftliches Entgegenkommen uneingeschränkte Anerkennung und allseitige Verehrung erworben.

Dem Verewigten werden wir als unserem treuen Mitarbeiter und zuverlässigem lieben Freunde allezeit ein ehrendes dankbares Andenken bewahren.

Merseburg, den 17. Februar 1909.

Namens des Provinzialausschusses der Provinz Sachsen.

Der Vorsitzende. **Graf von Wartensleben.**

Der Landeshauptmann. **Freiherr von Wilmowski.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902182-13/fragment/page=0003

Berliner Börse, 17. Febr. 1909

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q, quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 1.6.12.	do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 2¼%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rens. Sch	d	4	101.65G
do. 1.4.12	d	4	101.90B
do. 1.7.12	a	4	101.60bG
do. 1.4.09	d	3½	100.20G
Pr. Schatz 12	a	4	101.60G
Dt. Rchs-Anl.	v	3½	96.70bG
do. do.	d	4	103.40bG

Schönb. 04	d	3½	94.90B
Schwerin i M	a	3½	95.10G
Spandau 91	d	4	101.90B
do. 95	d	3½	—.—
Stargard i. P.	d	3½	94.75G
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	94.00G
Stettin	a	3½	94.25G
do. 1904	d	3½	94.20b

Deutsche Pfandbriefe

Renten-Briefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Russ. GldA96	q	3	—.—
do. Eisb A. I. II	q	4	85.30b
do. do. 02	a	4	85.50bG
do. do. 05	a	4½	98.70bG
do. Staatsrnt	q	4	77.30bB
do. Nicolai-B	e	4	—.—
do. Prm. A. 64	a	5	—.—
do. do. 66	e	5	—.—
do. Bodencr.	a	5	107.50b

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Halle-Hettst	d	3½	—.—
Halb Blnk. 84	a	3½	94.10G
do. 95 03	a	3½	94.10G
Mckl. Fr. Wilh	a	4	100.10G
Nordh. Wrn. E	d	4	99.00B
Zschpk Finst	d	3½	—.—
Böhm. NrdbG	a	4	99.30G
Dux-Bodnb.	a	5	—.—

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. indust. Gesellsch.

Mittd. Grdr. B	d	3½	—.—
Nrdd. Gr. III-V	a	4	99.60bG
do. do. VI	d	4	99.70bG
do. X. XI	a	4	99.70bG
do. XII	d	4	99.50G
do. XIV	d	3½	95.50G
do. XV. u. 15	a	4	100.00G
do. XVI. u. 17	a	4	101.00bG
do. VII.-IX	a	3½	93.50bG

JessenKali 2	a	*4½	—.—
Kaliw. Aschrl	f	*4	98.10b
Kattow. Bgw.	d	*3½	93.75b
KnMarienh 5	a	*4½	97.40B
KönigWilh. 2	a	4	101.00G
do. ux. 1910	a	*4	—.—
Krupp-Oblig	a	*4	101.50bB
do. 1908	a	*4	100.30bG
Lam. & Co. 3	d	4½	102.20b

Bank-Aktien

Wstd. Bdc. A.	1	7½	143.00bG
WstfLippVrb	1	6½	104.60G
Wien. Bankvr	1	7½	133.25b
Cto. (Ebw)Ob3	a	4	93.00G
Dtsch. Ans. B.	a	4	94.50G
Lande. Obl. 3	a	4½	100.40bG
B. f. Grnt. Eb0	a	4	99.40G

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Butzke Met.	1	6½	100.00bG
Calmon Asb	1	6	96.90b
Carol. b. Offl.	1	30	400.25bG
Carlshütte	7	7½	119.00bG
Cart. Loschw	7	19	302.75b
1601-2600	7	9	162.00b
CasselFedst	1	12	197.00b
Charlottenb.	7	8	115.00b
Charl. Wasr.	O	14	306.90b

Kahla Porz.	1	12	302.40b
Kali Aschrsl.	1	10	144.9.G
Kapler Masch	1	4	99.60bG
Kattowitz. Bg	4	14	256.50bG
Keula Eisen	7	5	97.75G
Keyling & Th.	1	8	122.00b
Kirchner & C	7	16	221.00b
Klaus. Sp. ab	1	5	78.25G
KöhlmannSt.	O	18	259.25G

Schl. El. u Gas	1	9	171.00G
do. do. B	1	9	162.75G
do. Kohlen	7	0	15.25G
do. Ln. Krmst	9	10	140.50G
do. Ptl. Cem.	1	10	146.30b
Schf Schulte	7	10	125.60G
H. Schneider	1	7	141.25b
Schöll. Eitkg	5	0	85.50bG
Schemburg	O	10	139.00G

Wechselkurse

Geld, Silber, Banknoten

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Stückzinsen 4 p. c., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902182-13/fragment/page=0004